

Kollross: Anstelle einer Volksbefragung - Kürzungen beim Zivildienst zurücknehmen!

Der Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend NÖ, Andreas Kollross, nahm heute zu dem Vorhaben der FPÖVP-Regierung Stellung, eine Volksabstimmung über die Maßnahmen der EU-14 abzuhalten.

"Die Heuchlerei der beiden Regierungsparteien ist mit Worten kaum mehr zu beschreiben. Einerseits wird eisernes Sparen verordnet, welches es bei genauere Betrachtung sowieso nicht gibt, andererseits soll mit Steuergeldern der "FPÖVP-Privatkrieg" gegen die EU finanziert werden." kritisiert Kollross.

"Tausenden Zivildienern wird mit dem Argument, 200 Millionen Schilling einsparen zu müssen, eine Hungerdiät in der Höhe von öS 43,- pro Tag verordnet, genauso wie aus dem selben Grund weniger Zuweisungen erfolgt sind. Fühlen sich die Damen und Herren von FPÖVP vor den Kopf gestoßen, ist allerdings genug Geld da.

Kurzerhand hunderte Millionen für eine widersinnige Volksbefragung sind für die "Regierung der Grausamkeiten" anscheinend jederzeit im Budgettopf vorhanden. 200 Millionen für Zivildienere und für alle, die diesen Dienst unbedingt brauchen, sind unaufbringbar. Das ist politische Heuchelei, stellte Kollross wörtlich fest, und forderte gleichzeitig, die unsinnige Volksbefragung abzublasen und die offensichtlich doch vorhandenen Millionen für die Rücknahme der Kürzungen beim Zivildienst zu verwenden.

"Diese Regierung zwingt ohne Skrupel tausende Zivildienere zu einer

öS 43,-

Strafdiät und stürzt viele in schlimme finanzielle und soziale Turbulenzen. Im Gegensatz zu den sogenannten Sanktionen wird mit dieser Maßnahme der blauschwarzen Regierung tatsächlich die Bevölkerung geschädigt. Blauschwarz ist die vorgeschobene und ablenkende Befriedigung ihrer gekränkten Gefühle wichtiger als das finanzielle und soziale Schicksal tausender Zivildienenr." so Kollross weiter.

Abschließend fordert Kollross von FPÖVP, wenn sie eine solche Befragung für ihr Ego benötigen, diese aus ihren Privatkassen, aber nicht mit dem Geld der SteuerzahlerInnen, und in dem Fall mit dem Geld der Zivildienenr, zu finanzieren.

Rückfragehinweis: SJ-NÖ

Tel: 02742/2255

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0094 2000-07-05/10:53

051053 Jul 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000705_OTS0094